

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 3 (1889)**

117 (6.10.1889)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-192322](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-192322)

# Norddeutsches Volksblatt.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform,  
für Politik und Unterhaltung.

Expedition: Bant-Wilhelmshaven, Adolfstraße Nr. 1.

**Abonnement:**  
bei Vorauszahlung frei in's Haus:  
vierteljährlich . . 1 M. 50 Pf.  
für 2 Monate . . 1 " " 50 "  
für 1 Monat . . " " 50 "  
expl. Postbefreiung.

**Erscheint**  
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.  
**Inserate:**  
die viergespaltene Zeile 10 Pf.  
bei Wiederholungen Rabatt.

## Politische Rundschau.

Bant, den 5. Oktober.

**Berlin.** Herr von Scholz ist trotz seiner leidenden Augen nach Berlin zurückgekehrt; wie die Einen sagen, um zu neuen steuerreformatorischen Thaten sich zu rüsten, wie die Anderen räumen, um den Umzugstermin nicht zu verpassen. Der Herr von Scholz scheidet nicht, sieht dafür Herr Dr. Miquel kommen und verweist auf die guten Vermögenszeugnisse, die diesem in den letzten Tagen von der gouvernementalen Presse ausgestellt worden sind. Die „Post“ theilt schon ein zutreffendes Signalment Miquels mit, dem wir folgendes entnehmen: „Herr Miquel ist gemandt und geschmeidig; er besitzt umfassende Kenntnisse und politische Erfahrung. Es mangelt ihm nicht an Beredsamkeit noch an Schlagfertigkeit und ein gewisses Gefühl der Ueberlegenheit wird durch einen Zug der Selbstironie ausgeglichen. Herr Miquel läßt heute über die nationalliberale Partei einen größeren Einfluß aus als Herr von Bennigsen. Er ist auch ein viel besserer Diplomat. Er hat sich sorglich gebüht, auch nur in Kolonialfragen gleich dem hannoverschen Oberpräsidenten in Gegenjaz zu dem Kanzler zu treten. Und Niemand wird je auf den Gedanken kommen, Herr Miquel könne des Fürsten Bismarck Nachfolger werden. Deshalb ist er sicherlich eher als Herr von Bennigsen zur „Mitwirkung in den Angelegenheiten des Reiches“, wie die „Post“ sich ausdrückt, berufen. Herr Miquel kann Minister werden, sobald es gilt, die ganze nationalliberale Partei unbedingt von den Aengsten des Kanzlers zu spannen. Herr Miquel ist auch zum Führer der vereinigten Kartellpartei wie geboren. Er ist zwar einst Vortrater der Demokratie in Hannover gewesen, aber er hat selbst in Frankfurt gelacht, er sei nie in der Partei aufgegangen. Er weiß stets den Verhältnissen Rechnung zu tragen. Sein Liberalismus ist der Rechten weit weniger verächtlich als derjenige des Herrn von Bennigsen. Bei letzterem giebt es eine Grenze, über die er nicht hinausgeht. Herr von Bennigsen ist noch bisweilen Idealist, Doktrinär, Herr Miquel ganz Realist, ganz Praktiker. Der Kanzler müßte Personen und Verhältnisse schlecht kennen, wenn er Herrn Miquel heute nicht für einen geeigneten Minister hielte. Als Vorkoordinator hat Herr Miquel früher Steuerpläne entworfen, welche von denen des Herrn von Scholz weit abwichen, aber Erklärliches einbringen können. Das seltsame Gesicht des Herrn von Scholz wird erklärlicher, wenn Herr Miquel sein Nachfolger werden sollte.“ — Das ist Alles ganz schön, aber trotzdem glauben wir noch nicht an den Eintritt Miquels in das Ministerium. Er ist zwar noch nicht alt genug, um ohne Wunsch zu sein, aber die zahlreichen Spuren, die zum Rastanienwäldchen hinausführen, werden ihn schreden und seine Klugheit wird ihm sagen, wie schnell aus den kommenden Männern gehende werden, denen man höhnisch nachruft: Wer einmal gegangen ist, kehrt nicht wieder. Fürst Bismarck aber wird Herrn Miquel an der Spitze der nationalliberalen Partei für werthvoller halten, denn als Träger des Finanzportefeuilles. Was er ihm dort leisten kann, ist höher zu schätzen, als die besten Steuerpläne und zum Ueberfluß hat diese ja der Reichskanzler selbst und was er für die Stelle des Herrn von Scholz braucht, findet er — Herr Windthorst hat dafür mal der kaufmännischen Sprache einen richtigen Namen entleht — leicht überall. — Inzwischen hat Herr von Scholz sein Amt im vollen Umfange wieder angetreten.

— Das Gesetz über die Altersversorgung wird nach einer offiziellen Meldung bestimmt mit dem Jahre 1892 noch nicht zur Ausführung kommen und wann das Gesetz überhaupt einmal ausgeführt werden kann, ist bei dem Stande der Vorarbeiten“ noch gänzlich ungewiß. Eine derartige Mittelstellung über ein längt rechtskräftig erworbenes Gesetz ist neu und überraschend. Daß die notwendigen technischen Vorbereitungen, deren Nüchtern durch das Gesetz selbst bestimmt vorgezeichnet ist, eine schlechthin unabsehbare Zeit in Anspruch nehmen könnten, leuchtet nicht ein. Seltener aber diese technischen Vorarbeiten ergeben haben, daß das Gesetz Fehler enthält — daß es unaufrührbar ist? Bekanntlich sind aus der Opposition des Reichstages Bedenken in diesem Sinne schon geltend gemacht worden. Der haben sich wiederum grundsätzliche Bedenken aufgedrängt?

— Reichstagswahlen in naher Aussicht. Die „Kreuztg.“ erhält aus amtlichen Kreisen eine Zuschrift, in welcher es als die Absicht der Regierung ausgesprochen wird, die Reichstagsession schon vor Weihnachten zu schließen und auf die Feststellung des Haushaltsplans und die Sozialistenfrage zu beschränken. Der Entwurf einer Novelle zum Straf- und zum Prozeßgesetz werde dem Reichstage nicht mehr zugehen, „und es deuchte an beachtenswerten Stellen die Ansicht, daß das alte Sozialistengesetz wieder zur Beratung käme mit der ein-

zigen wesentlichen Aenderung; daß die Dauer dieses Gesetzes eine andere würde.“ (D. h. es ist die Verewigung des heutigen Gesetzes geplant.) Sollte eine Erledigung des Sozialistengesetzes nicht zu Stande kommen, so wäre die Möglichkeit vorhanden, die Neuwahlen so früh erfolgen zu lassen, daß der neue Reichstag noch zu einer Frühjahrs-Session einberufen werden könnte, um ihm die Sozialistenfrage und andere Entwürfe vorzulegen. Diese Zuschrift, so schreibt die „Freisinnige Zeitung“, welche, wie die „Kreuztg.“ selbst bemerkt, den in den beteiligten amtlichen Kreisen vertretenen Gedanken Ausdruck giebt, scheint weit mehr zu sein als ein bloßer Fühler und man wird deshalb in Arbeiterkreisen gut thun die Vorarbeiten für die Reichstagswahlen ganz energisch in die Hand zu nehmen.

— Die „Kreuztg.“ scheint den Glauben an den Erfolg der „Sozialreform“ als Schutzdamm gegen die sozialdemokratischen Umsturzbestrebungen verloren zu haben. Sie orakelt: „Wir leben in einer Epoche sozialer Auflösung. Trägen die allenthalben auflodernden Feuerzeichen nicht, so nähmen wir mit Riesenschritten der Entseheidung eines Kampfes, in welchem die jetzigen Mächte seit Jahrhunderten mit den beherrschenden um Sein oder Nichtsein ringen. Wohl sind nach und nach Faktoren von bedeutender Tragweite in die vordere Kampflinie gezogen worden. Das Sozialistengesetz, wenn auch als Nothanker (?) noch immer verwendbar, verlangsamt doch nur das Vorwärts der Revolution, aber hält den Fortschritt derselben so wenig auf, wie je ein Palliativmittel die Krankheit. Und die Sozialreform? Wird sie jemals den in der kaiserlichen Hofschast an sie geknüpften Erwartungen entsprechen? Hoffen und glauben wir es, aber verwehnen wir uns auch nicht, daß viel, sehr viel Zeit dazu gehören wird, der Hofschast den ihr heute noch fehlenden Glauben, als die notwendige Unterlage ihrer Wirksamkeit, zu erobern. So lange es nicht gelingt, aus der Volkserziehung, aus einer durch solche hervorgerufenen Rechristianisierung der Massen heraus dem Einfluß der sozialistischen Propaganda die Lebensquellen abzudämmen, so lange müssen alle Hoffnungen einer durchgreifenden Anerkennung der sozialen Reformprojekte die Wege zu bahnen, als aussichtslos bezeichnet werden.“ — Als einziger Schutz gegen die hereinbrechende „soziale Revolution“ erscheint der „Kreuztg.“ das „feste Gefüge der Militär-Hierarchie“, die „stärkste Schutzwaße für die alten Gesellschaftsordnungen.“ — Das klingt ja sehr pessimistisch.

— Der deutsche Kaiser contra „Kreuztg.“. Es ist neu in der Geschichte, daß der Kaiser Zeitungsartikel kritisiert und sich zu einer bestimmten politischen Richtung bekennt. Zwar heißt es in der von uns schon erwähnten Auslassung im „Reichsanzeiger“, die zweifellos von Bismarck im höheren Auftrage inspiriert ist, daß der Kaiser keiner Person gestatte, sich das Ansehen zu geben, „als besäße sie das kaiserliche Ohr“. Nichtsdestoweniger wird den Kartellbrüdern ein Kompliment gemacht. Das erndet den Anschein, als wolle man an gewisser Stelle bereits in die Wahlagitation eintreten und zwar im kartellfreundlichen Sinne. — Vindict hat ob der Auslassung im „Reichsanzeiger“ Kourage bekommen und appliziert der „Kreuztg.“ noch einen Fußtritt. Er schreibt in der „Nordb. Allg.“: „Die plumpe Aufdringlichkeit, mit der die „Kreuztg.“ sich an die allerhöchste Stelle heranzudrängen sucht, unter dem heuchlerischen Vorwand der Beförderung, daß die Macht des Königthums durch das Zusammenhalten der nationalgesimten Elemente des Volks bedroht sei, hat dazu geführt, daß der Kaiser dies Gehahren lebhaft gemißbilligt und den Wunsch ausgesprochen hat, dies zur öffentlichen Kenntniß gebracht zu sehen.“ — Die „Kreuztg.“ selbst bemerkt zu den Auslassungen des „Reichsanz.“: „Unsere Stellung gegen die veränderte Bedeutung des Kartells hatten wir, auf sachliche Bedenken uns gründend, aus fester politischer Ueberzeugung genommen. Se. Majestät der Kaiser und König steht nach den obigen im „Reichs- und Staatsanzeiger“ veröffentlichten Aeußerungen in diesem Kartell eine den Grundzügen seiner Regierung entsprechende Haltung. Wenn wir uns vor dieser Allerhöchsten Kundgebung heugen, so ist das nur die Konsequenz der gerade in jenen Artikeln von uns vertretenen Auffassung des Royalismus und ein selbstverständlicher Ausfluß unserer festen und unwandebaren Achtung vor der Allerhöchsten Person.“ — Der „Reichsbote“ meint, daß die Kundgebung des „Reichsanzeigers“ den Kaiser mit den Mittelparteibestrebungen identifizire, was nicht recht im Einklang stehe mit der Versicherung, daß keine Partei sich das Ansehen geben dürfe, das Ohr des Kaiser zu besitzen. Der „Reichsbote“ findet dies „auch um deswillen bedenklich, weil ja doch immerhin die Möglichkeit gegeben ist, daß das Kartell bei den Wahlen eine Niederlage erleiden könnte. Dann wäre auch zugleich die Person des Kaisers

in dieselbe verflochten, und außerdem könne die Kundgebung dazu führen, die Person des Kaisers in die Wahl-agitation hineinzuziehen, was schwerlich rathsam oder nach unserer Verfassung wünschenswert wäre, und gar manche Wähler, welche sich nicht entschließen können, gegen die kaiserliche Partei zu stimmen, die es aber auch mit ihrer Ueberzeugung nicht vereinigen können, die Politik, wie sie in den mittelparteilichen Organen in ihrer Bekämpfung aller Bestrebungen der konföderativen Rechten zu Tage tritt, zu unterfüßen, veranlassen möchte, sich überhaupt von der Wahl fern zu halten.“ — Die „Kreuztg.“ ercheint in Wahrheit als „Ritter von der traurigen Gestalt“. Nachdem sie erst mit eingelegter Lanze in die Arena geritten, rollt sie nach dem allerhöchsten Kuffel ihr Hühlein zusammen und zieht sich gebückt in eine stille Ecke zurück. Schöne Helben das!

— Ueber die Dauer der Reichstagsession und die Neuwahlen äußert sich die „Vorpost.“ wie folgt: „Der am 22. d. M. zusammentretende Reichstag wird nur wenige Wochen, etwa bis zum Beginn der Weihnachtsferien tagen. Seine Hauptaufgabe wird die Erledigung eines neuen Sozialistengesetzes bilden, doch ist es wahrscheinlich, daß eine solche nicht zu Stande kommt und zunächst eine Verlängerung des bestehenden Gesetzes eintritt. Betreffs der Höhe der Neuordnungen für das Her verlaute noch nichts Positives. Die Neuwahlen werden keineswegs, wie hier und dort verlautet, schon im Januar, sondern bestimmt erst im Februar stattfinden.“ — Wir glauben, daß man sich in Regierungskreisen über den geeigneten Zeitpunkt zur Neuwahl selbst noch nicht einig ist.

— Als gänzlich bedeutungslos stellt sich der Erlass des Herrn Ministers Maybach in Bezug auf die Preise der fiskalischen Gruben heraus. So wird jetzt auch der „Breslauer Morgenzt.“ von ober-schlesischen Kohlenmarkt geschrieben: Wir wandten uns anfragend an die fiskalischen Gruben „Königin Luise“ und „Königsgrube“ und erhielten von der königlichen Berginspektion zu Königshütte und Jadree den Bescheid: „daß sie ihre Kohlen für 1889/90 vollständig verkauft haben, und daher nicht in der Lage seien, neue Kohlenlieferungen annehmen zu können.“ Die fiskalischen Gruben können also keinerlei bestimmenden Einfluß auf die Kohlenpreise ausüben, da sie — vermuthlich an Zwischenhändler — ihre Gesamtproduktion verkauft haben.

Ein Ring der Kohlenhändler hat sich nach der „Abein. Westf. Ztg.“ in Arelfeld gebildet. Die Mitglieder haben sich unter Festsetzung von Konventionalstrafen gegen einander verpflichtet, die durch Weidreibebeschluß festgesetzten Preise für Hausbrandkohlen zu halten und auch ihre event. Unterabnehmer oder Rektionachfolger zu verpflichten, nicht unter den festgelegten Preisen zu verkaufen.

— Der nächste allgemeine Streik der Bergleute und seine rationelle Bekämpfung.“ — so betitelt sich eine Schrift des Bergmeisters Ernst Matthias, in welcher der Verfasser u. A. verlangt: „daß der Staat die Bergleute durch die aktiven Soldaten während der Dauer des Streiks ersehe!“ Weiter wird gesagt, daß „die Mannschaften uneres stehenden Heeres durchaus geeignet sind, für die circa 250 000 Steinkohlen- und Braunkohlen-Bergleute einen ausreichenden Ersatz zu liefern; 50 000 Mann würden Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten; es würden somit circa 300 000 Mann abforbirt werden und nur noch circa 150 000 Mann in den Garnisonen verbleiben“. Die streikenden Arbeiter sollen alsdann, falls sie ohne Rindigung die Arbeit eingestellt haben, verurtheilt werden, bei gemeinnützigen Arbeiten, Kanalbauten, Festungsbauten u. s. w. unter militärischer Bedeckung beschäftigt zu werden.“ Im Verlauf der Darstellung erfahren wir auch, daß der Bergarbeiter, „bei guter Luft und der Regel nach angenehmer Temperatur“ — allerdings ohne Sonnenlicht — seine Schicht verfährt“ — und nur ein Punkt ist unangenehm, — „die Lebensgefahr, die allerdings doch völlig ausschließt, so hohe Lohnunterschiede zu rechtfertigen, wie sie zwischen Bergarbeitern und anderen Arbeitern bestehen“. So, deutlicher Bergmann, jetzt kennst Du Deine Stellung; der Bergmeister Ernst Matthias hat sie Dir zugewiesen. Rühre und rütle nicht daran, wehre Dich auch nicht gegen die Beschneidung Deines kaiserlichen Einkommens, noch weniger wage es um eine Aufbesserung derselben zu ringen, sonst wirst Du — Zwangsarbeit verrichten müssen. Und diese Aussicht ist nicht verlockend.

— Eine öffentliche Versammlung in Berlin, in welcher sich der Stadtverordnete Kunert verabschieden wollte, verfiel der polizeilichen Auflösung als Kunert eine seiner in der Stadtverordnetenversammlung gehaltenen Reden verlas. Kunert begiebt sich nach Breslau, um dort die Redaction der bisher von Bruno Weiser redigirten „Schlesischen Nachrichten“ zu übernehmen.

Die beste Verwendung für die Ueber-  
schüsse im Postetat wäre sicher eine Erhöhung der  
Gehälter der Postunterbeamten, welche man durch Zahlung  
wahrhaft jämmerlicher Hungerlöhne geradezu dem Ver-  
brechen in die Arme treibt. So wurde am 25. v. M.  
vom Schwurgericht zu Glatz ein Posthülfsbote  
wegen Vergehens im Amte zu einem Jahr Gefäng-  
nis verurteilt, weil er ihm zur Beförderung übergebene  
Gelder unterschlagen, dieselben später aber wieder zurück-  
erstattet hatte. Der Verurtheilte bezog eine Besoldung  
von 80 Pfennigen täglich. Monatlich wurden ihm  
dann noch 10 Mk. für Dienstkleidung in Abzug gebracht,  
so daß ihm täglich sage und schreibe 47 Pf. übrig blieben.  
Kann man sich da über Vergehen wundern, zu denen diese  
jämmerlich besoldeten Leute geradezu durch die Noth ge-  
trieben werden? Und ist eine so elende Bezahlung  
ihrer Leute einer deutschen Reichsanstalt nicht  
geradezu unwürdig?

Nach ein Parlamentsmüder. Der Reichs-  
tagsabgeordnete Gottburg aus in Hensburg bei  
Gelegenheit der Ertragswahl vom Landtage erklärt, daß er  
für die Neuwahl eine Kandidatur nicht annehmen werde.  
Der Herr Abgeordnete ist nationalliberal.

**Oesterreich.**

Wien. Im Lemberger Prozeß gegen die Teilnehmer  
an einem sozialistischen Geheimbunde wurde nur  
der Universitätslehrer Kostovskij wegen versuchter Gründung  
einer geheimen Gesellschaft zu 14 Tagen strengen Arrest  
verurtheilt; die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

**Holland.**

Rotterdam. Der Streik der Dockarbeiter  
gilt als beendet. Am 2. d. M. fand eine Versamm-  
lung statt, welche beschloß, am 3. Oktober die Arbeit wieder  
aufzunehmen. Die Streikarbeiter erhalten 10 Cts. per  
Tag, Kohlenräder 120 Cts. per Kiel (21 Tonnen), die  
Staubenarbeiter 25 Cts. mehr, bei den Zigarettenfabriken  
jedoch bleibt der Lohnsatz von 20 Cts. Anabenarbeit ist  
ausgeschlossen, für Sonntagsarbeit wird 50 Prozent mehr  
gezahlt; wenn die Nachtrage unter 6 Stunden beträgt  
wird ein Totallohn ausbezahlt. Die Erzarbeiter er-  
halten nichts mehr und nahmen die Arbeit unter der Be-  
dingung auf, daß keine Nachtarbeit auf den Schiffen statt-  
findet.

**Belgien.**

Die Arbeiterfrage — schreibt man der  
„Reise Zug.“ — tritt einmal wieder in Belgien in den  
Vordergrund. Die belgische Kohlenindustrie macht jetzt  
glänzende Geschäfte; die Kohlenpreise steigen; die Kohlen-  
werkgesellschaften vertheilen gegenwärtig den Aktionären  
hohe Dividenden; sie sind, wie die Fachblätter in allen  
Tonarten verkünden, in glänzender Lage — da blüht es  
ganz unerwartet im Hennegau auf. Die sozialistischen  
Zeitungen berichten auch den Arbeitern getreulich, was die  
Aktionäre, Direktoren und Administratoren einsehen und  
so fordern auch die Arbeiter, die man mit einigen Pfennig-  
Lohnzulage abspähen zu können vermeint, ihren An-  
theil an dem Gewinne; sie verlangen eine Erhöhung der  
Löhne; das ist kein unbilliges Verlangen bei den niedrigen  
Lohnsätzen, die die meisten belgischen Kohlenarbeiter emp-  
fangen. Von dem Kohlenbasin Centre aus hat diese  
Lohnbewegung die Beden Mons und Charleroi ergriffen.  
Schon haben 600 Arbeiter der Produkts du Fleuu, 1400  
Bergleute in Franeries die Arbeit eingestellt, schon ruht  
der Betrieb in den Gruben zu Guemes, in den Carbon-  
nages belges, im Couchant du Fleuu, in den 24 Aktions  
und in den Gruben von Coeur. Ueberall erdört der  
Ruf: „Lohnerhöhung!“ Ein jetzt ausbrechender Aufruhr  
würde den Werken Millionen kosten und für die belgische  
Kohlenindustrie vernichtend sein. Die Gesellschaften werden  
durch kleine Zugeständnisse und große Versprechungen diese  
Bewegung einzudämmen suchen, so daß der Aufruhr bald  
ein Ende haben dürfte. Zweifellos wird er aber später  
mit um so größerer Schärfe wieder ausbrechen.

**Frankreich.**

Mit dem Boulangerismus geht es schnell bergab.  
Jetzt gehen dem General auch die Mittel aus. Schon  
neulich war gemeldet worden, daß er eine billigere Woh-  
nung habe beziehen müssen, jetzt theilt das XIX. Siecle  
mit, daß Boulanger Nähe habe, das Geld für die Stadt-  
wahlplakate seiner Kandidaten aufzutreiben, von denen einer  
gepfändert werden sollte. Der Graf von Paris habe 20000  
Franken gegeben, mit dem Bemerken, dies sei das letzte;  
ein republikanischer Marquis habe 110000 Fr. gegeben; die  
Duchesse von Uzès habe eingewilligt, ihre Pferde zurückzunehmen.  
Boulanger wolle nicht mehr nach Tesen, sondern jetzt eben-  
falls nach Aegypten gehen.

**Serbien.**

Belgrad. Bei den Wahlen zur Stupskina waren  
im Ganzen 254000 Wahlberechtigten in die Listen ein-  
getragen, wovon 180519 ihr Stimmrecht thatsächlich aus-  
geübt haben. Auf die Listen der radikalen Partei entfielen  
insgesammt 158695, auf jene der liberalen Partei 96215  
21773 Stimmen.

Die Königin Natalie hat ihrem Sohne, dem König  
Alexander einen Besuch abgestattet. Die Regentenschaft hatte,  
um politische Unruhen und Vergleichen zu vermeiden, nur  
unter bestimmten Garantien und Bedingungen den Besuch  
gestatten wollen, Natalie jedoch verließ sich demgegenüber  
ablehnend. Sie stützt sich dabei auf die Sympathien der  
Bevölkerung, welche unverkennbar auf ihrer Seite sind.  
Das muß notwendig zu Konflikten mit der Regierung  
führen, und solche werden denn auch nicht ausbleiben. Der  
Fortnachdruck der Königin Natalie scheint die serbische  
Regentenschaft die größte Entschlossenheit entgegenzusetzen. Dem  
Vernehmen nach ist die Regentenschaft entschlossen, falls die  
Königin Natalie bei der abtödtenden Faltung verharret,

der Stupskina ein Gesetz vorzulegen, welches der Königin  
Natalie den Aufenthalt in Serbien verbietet.

**Griechenland.**

Athen. Die unter türkischer Oberhoheit stehende  
Insel Aketa war von jeder ein Schmerzenskind der tür-  
kischen Regierung und ein Anfaßpunkt zwischen Griechenland  
und der Türkei, welder erstere die Insel gar zu gern in  
seinen Besitz brachte. Von Zeit zu Zeit bricht eine revo-  
lutionäre Bewegung auf der Insel aus und diese Auffstände  
geben dann Veranlassung, immer wieder darauf hinzuwirken,  
die Insel der türkischen Herrschaft zu entreißen. So fand  
am 29. v. M. in Athen eine große Demonstration  
statt, welcher 4000 Personen beizuhörten. Es wurde be-  
schlossen, gegen die Zustände auf Aketa energisch zu pro-  
testiren und die Beschlüsse dem König, der Kammer, den  
Bretretern der fremden Mächte und den hohen Persönlich-  
keiten, welche den Vermählungsfestlichkeiten des Herzogs  
von Sparta beizuhörten, zu überreichen. — Der  
auf der Insel seit einiger Zeit wüthende Aufruhr hat die  
kretensische Frage wieder in den Vordergrund geträgt.

**England.**

London. In einer Versammlung von Wählern des  
Bezirks Battersea, im südlichen London, wurde John  
Burns zum Kandidaten für die nächsten Abgeordneten-  
wahlen ernannt. Er erklärte, er wäre weder der Allirte  
noch der Antagonist der bestehenden politischen Parteien  
und entwickelte sein Programm, welches sich hauptsächlich  
mit der Londoner Reformfrage befaßte. Er versprach  
seinen Anhängern, er werde auch im Parlament ebenso  
wie im Londoner Grafschaftsrath darnach trachten, seinem  
Vesalsnamen „Honest John“ (ehrlicher Hans) weiter würdig  
zu bleiben.

**Gewerkschaftliches.**

An alle Maschinenflosser, Feinmechaniker und  
Dreher Deutschlands. Kollegen! Ihr theilen Euch mit, daß  
der Streik unverändert fortbauert. Alle Unterhandlungen mit der  
Direktion der dynamo-elektrischen Maschinenfabrik von Schuckert  
u. Ko. in Nürnberg sind erfolglos. Die Forderungstellung stellt sich auf  
den rein allfälligen Standpunkt; sie verlangt unbedingte Unter-  
werfung. Die Streikenden, etwa 100 an der Zahl, sind gesonnen,  
spter auszuweichen, als sich zu unterwerfen; die selben Kollegen  
sind bereits abgereist. Die Firma Schuckert giebt sich in Folge dessen  
alle Mühe, Leute von auswärts zu bekommen. Wir warnen Euch  
vor deren Verlockungen und theilen Euch mit, daß über diese Fabrik  
die Sperre verhängt worden ist. Wir appelliren an Eure Solidarität;  
unterstützt uns in diesem prinzipiellen Kampfe. Nochmals  
haltet den Zug an. Alle Anfragen sind zu richten an  
Konrad Herrmann, Chystraße 2, 3. Etage, Nürnberg. Mit Gruß  
die Herrschaftsmiethen der Schuckert'schen Fabrik, Nürn-  
berg.

Cherfeld (Köln). In der Goldschmiedfabrik von Frie-  
ling haben die Polirarbeiter und Vertheiler die Arbeit ein-  
gestellt. Wie ein Mauernistgeselge besagt, war der Grund dazu der,  
daß in der genannten Fabrik in letzter Zeit fortwährend Lohn-  
abzüge von fünf bis vierzig Prozent stattgefunden hätten. Mit  
solchen Löhnen erklärten die Arbeiter nicht auskommen zu können.  
Gleichzeitig wird in dem Anschlag vor Zugang von Arbeitern  
aus anderen Städten gewarnt.

London. Die Streiks der Wittenkapler Schneider  
und der Arbeiter der Schmirer Zorbebfabrik sind be-  
endet. In beiden Fällen sind die Forderungen der Streikenden be-  
willigt worden.

Nach hier eingegangenen Meldungen haben gegen 10000  
Grubenarbeiter in den Kohlengruben im Distrikt Bolton die Arbeit  
niedergelegt und verlangen eine Erhöhung ihres Lohnes.

Die Gewerkschaftsleiter von Nordumberland ver-  
sahndigten sich mit den Direktoren der Kohlengrubenarbeiter über den  
Lebenslohn. Die Arbeiter erhalten eine Aufbesserung von 3 pCt.  
so daß der Lohn jetzt 22 1/2 pCt. höher ist, als vor dem vor zwei  
Jahren ausgebrochenen Streik.

Die Londoner unteren Postbeamten haben jetzt auch  
einen Gewerksverein gegründet, welcher schon mehrere hundert Mit-  
glieder zählt. Am 29. v. M. hielt der Verein wieder eine Versamm-  
lung trotz des bestehenden Verbotes ab. Es wurde in den Beschlüssen  
darauf hingewiesen, daß die Beamten, von denen noch eine gewisse  
Bildung beantragt würde, ebenfalls ganz bereitwillig wären, den  
gleichen Schritt wie die Postarbeiter, nämlich 6, die Stunden zu er-  
halten. Jetzt bekümmen sie durchschnittlich nur 2 1/2, — 5 d. und Ueber-  
zeit würde ihnen gar nicht vergütet.

**Aus Stadt und Land.**

Vant, 5. Oktober. Am 11. d. M. findet in „Vuchs  
Hotel“ in Jever eine Sitzung des Amtsraths statt. Auf  
der Tagesordnung steht die Wahl von 7 Betr.-Männern  
zum Ausschuss zur Bildung der Schöffen- und Geschworenen-  
listen, ferner die Wahl von 3 Wahlmännern zur Wahl  
eines Mitgliedes der Verweirrmittlungs-Kommission betr.  
Naturalleistungen und Dienste, endlich die Feststellung eines  
Nachtrags zum Voranschlage der Amtverbandskasse.

Vant, 5. Oktober. Von Herrn Direktor de Rolte  
ist die Einrichtung getroffen worden, daß für die Vor-  
stellungen der Theatergesellschaft im Kaiserhofl Bonn ver-  
ansagt werden, auf welche Gallerie-Billetts zu ermäßigtem  
Preise an der Theaterkasse verabfolgt werden. Bei Ab-  
gabe eines solchen Bons erhält der Inhaber ein Gallerie-  
Billet zum ermäßigten Preise von 30 Pf., allerdings  
nur bei Wochentags-Vorstellungen. Bons in beliebiger  
Anzahl sind in unserer Expedition und im Lokal des  
Herrn Hug zu haben und wird hoffentlich von dieser  
Einrichtung recht vielfach Gebrauch gemacht werden.

Wilhelmshaven, 4. Oktober. Nachdem gestern in  
Bremen die dort zu einer Konferenz zusammengetretenen  
höheren Eisenbahn- und sonstigen maßgebenden Beamten  
die letzte Eisenbahnverbindung gefaßt, steht die Eröffnung  
des neuen Bremer Zentralbahnhofs bestimmt am 15. Okt.  
bevor und wird mit diesem Tage auch der neue Winter-  
fahrplan in Kraft treten. Derselbe weist mancherlei Ver-  
änderungen auf. In der Richtung Oldenburg-Bremen  
wird der erste Zug um 6.18 fahren, während dessen Ab-  
fahrt jetzt 6.10 erfolgte. Die weiteren Zug fahren 9.35  
(bisher 9.04), 12.29 (12.20), 3.26 (3.36), 6.56 (6.50).  
Der erste Zug um 6.10 führt einen Durchgangswagen  
1. und 2. Klasse bis Berlin und sind für diesen Zug  
direkte Billets bis Berlin zu haben. Die Passagiere der

3. Klasse müssen in Bremen umsteigen. Somit ist eine  
direkte Schnellzugverbindung mit Berlin (über Neßeln) ge-  
schaffen und kann die Strecke Wilhelmshaven-Berlin  
innerhalb 10 Stunden zurückgelegt werden. Um 4 Uhr  
Nachmittag trifft der betr. Zug in Berlin ein. Auch für  
die Briefbeförderung ist dies von wesentlichen Vorteil.  
Im Bereich der oldenburgischen Eisenbahndirektion werden  
auch verschiedene neue Hallestellen eingerichtet. Auf der  
Strecke Oldenburg-Wilhelmshaven sind eingerichtet zwischen  
Oldenburg und Rastede die Station Bürgerfelde, zwischen  
Varel und Eßenerdamm die Station Dangangermoor,  
zwischen Mariensiel und Wilhelmshaven die Station  
Vant; auf der Strecke Oldenburg-Osnabrück zwischen  
Oldenburg und Sandbrügge die Station Oßernburg; auf  
der Strecke Oldenburg-Leer zwischen Oldenburg und Bloß  
die Station Weßlog; auf der Strecke Jever-Carolinensiel  
zwischen Weßeln und Tetten die Station Dassenhausen.  
In Vant werden mit Ausnahme der letzten von Bremen  
und Wittmund kommenden Züge sämtliche Züge halten.

Wilhelmshaven, 4. Okt. Nummer liegt uns das  
Urtheil im Prozeß gegen den Vorstand des „Deutschen  
Schneiderverbandes“, Zahlstelle Wilhelmshaven, vor. Wir  
haben bereits kürzlich mitgetheilt, daß der Angeklagte,  
Schneider Spieckermann, vom Landgericht zu Aurich in  
der Berufungsinanz freigesprochen wurde. Das  
Urtheil lautet: „Das Urtheil des Königl. Schöffengerichts  
Wilhelmshaven vom 31. Mai 1889 wird aufgehoben,  
Angeklagter unter Auflegung der Kosten an die Staats-  
kasse freigesprochen, der Antrag des Angeklagten  
jedoch, der Staatskasse auch die ihm aufer-  
legten notwendigen Auslagen aufzuerlegen,  
abgelehnt.“

In den Gründen wird ausgeführt, daß der Ange-  
klagte am 3. April 1889 eine polizeiliche Strafverfügung  
des landrätthlichen Hütsbeamten in Wilhelmshaven erhielt,  
laut welcher er wegen Uebertretung der § 360 d. N. St.-  
G.-B., §§ 2 u. 13 der Verordnung vom 11. März 1850  
sowie der „Hann. Gewerbe-Ordnung“ eine Geldstrafe von  
30 Mark zahlen sollte. Der Anfechtung zufolge sollte  
er zu einer ohne Genehmigung der zuständigen Staats-  
behörde gegründeten Periferungsanstalt, nämlich den  
„Deutschen Schneiderverband“, Mitgliedschaft Wilhelmshaven  
und Umgegend, Teilnehmer gesammelt haben. Gleichzeitg  
sollte er als Bevollmächtigter dieses sich mit  
öffentlichen Angelegenheiten befaßigten Verbandes die  
Statuten desselben und das Verzeichniß seiner Mitglieder  
nicht vorschriftsmäßig der Polizeibehörde eingereicht haben.  
— Gegen die Strafverfügung hat der Angeklagte gericht-  
liche Entscheidung beantragt. Bei der Verhandlung vor  
dem Schöffengericht Wilhelmshaven ließ die Anklagebehörde  
einen Theil der Anklage fallen, da dem betr. Strafantrage  
erst ein Verbot der Mitgliedschaft hätte vorausgehen  
müssen. Der Angeklagte wurde jedoch wegen Uebertretung  
des § 360 Abs. 9 des St.-G.-B. und der §§ 2 u. 13  
der Verordn. v. 11. März 1850 zu 20 Mark Geldstrafe  
ercent. 2 Tagen Haft verurtheilt.

Gegen dieses Urtheil hat der Angeklagte Berufung  
eingelegt. Der Angeklagte bemerkt in der Verhandlung,  
daß die Thätigkeit der Zahlstelle Wilhelmshaven sich nur  
auf das Wilhelmshaven benachbarte oldenburgische Gebiet  
erstreckt und der Sitz der Zahlstelle Vant sei, dieselbe  
auch ordnungsmäßig beim Amt Jever angemeldet sei. In  
erster Instanz wurde auf Grund eines Mitgliedsbuches,  
laut welchem der Schneider Ludwig in Wilhelmshaven  
dem Verband beigetreten sei, angenommen, daß die Thätig-  
keit der Zahlstelle sich auch auf Wilhelmshaven erstrecke.  
Da der Angeklagte zugab, die Zahlstelle gegründet und  
den Ludwig als Mitglied aufgenommen zu haben, erfolgte  
dessen Verurtheilung in erster Instanz.

Dem Urtheil des Schöffengerichts Wilhelmshaven liegt jedoch  
— es heißt es wörtlich in den Gründen — der Vertheil um  
Grund, daß ein selbständiger Zweigverein des Deutschen Schneider-  
verbandes in Wilhelmshaven und Umgegend vorhanden ist. Nach  
den im Wesentlichen zum Vortrag gebrachten Statuten des  
Deutschen Schneiderverbandes muß dieser Verband vielmehr als  
eine einheitliche Gesellschaft und dessen Zahlstellen als selbständige  
Organe seiner Lokalverwaltung angesehen werden. Denn die Bet-  
reter der Zahlstelle werden von dem Verbandsvorstande beauftragt,  
der Verbandsvorstand ist beauftragt, die Zahlstelle zu kontrolliren  
und die Einnahmen der letzteren sind auf die laufenden Ertrags-  
listen nach Abrechnung an den Kassirer des Verbandes abzu-  
senden. Auch die Höhe der Unterstützung bestimmt der Verbands-  
vorstand. — § 360 Abs. 9 des St.-G.-B. stellt nur die Errich-  
tung von Berufungsanstalten oder anderer dergleichen  
Gesellschaften oder Anstalten ohne die gesetzlich erforderliche Ge-  
nehmigung der Staatsbehörde unter Strafe. Es findet also, da  
die von dem Angeklagten geleitete Zahlstelle als selbständige  
Gesellschaft überhaupt nicht aufzufassen ist, vorliegend  
keine Anwendung. Dergleichen müssen die §§ 2 und 13 der Ver-  
ordnung vom 11. März 1850 außer Anwendung bleiben, weil die-  
selben nur die Beförderung von Beamten betreffen, die Statuten  
u. s. w. der Ortspolizeibehörde einzureichen, Angeklagter jedoch,  
wie sich aus den §§ 19 und 25 der Statuten ergibt, zu den  
Vorkehrern des Deutschen Schneiderverbandes in  
Hannover nicht gehört.

Es kann hier auch dahingestellt bleiben, ob von dem Ange-  
klagten, welcher seine früheren Zugeständnisse in dieser Instanz  
zurückgenommen hat, für Wilhelmshaven und Umgegend  
überhaupt eine Zahlstelle des Deutschen Schneider-  
verbandes eingerichtet ist.

Obenbenannt wurde die, in dieser Instanz geäußerte Aufnahme  
des Heinrich Ludwig als Mitglied des Schneiderverbandes  
durch den Angeklagten Kraßbar sein, in dem § 271 des  
Polizei-Strafgesetzes für Hannover, welcher auch ver-  
bietet, zu staatlich nicht genehmigten Berufungsanstalten Teil-  
nehmer zu sammeln, durch den § 360, Abs. 9 des St.-G.-B.  
aufgehoben ist. Artikel 2 des Einl.-Ges. v. St.-G.-B.  
Aus diesen Gründen mußte unter Abänderung der von dem An-  
geklagten und der Staatsanwaltschaft beantragten weiteren Be-  
weisnahme der Berufung stattgegeben und der Angeklagte  
freigesprochen werden, ohne daß es einer Prüfung der Frage  
bedürfte, ob der Deutsche Schneiderverband in Hannover als eine  
staatlich zu genehmigende Anstalt aufzufassen sei.“

So die Begründung.  
Der Angeklagte ist nun allerdings freigesprochen,  
niemand aber erlegt ihm die durch die — insolge



**Die Feier des 3. Stiftungs-Festes**  
 des  
**Bürgervereins Neubremen**  
 bestehend in  
**Concert, Theater, Vorträgen und Ball**  
 findet am **Freitag, den 11. Oktober cr.,**  
 im Saale des Herrn **Paul Vater** in Neubremen statt. **Abend 8 Uhr.**  
 Eintrittskarten à 1 Mk. sind zu haben bei Herrn Vater und den Vereinsmitgliedern. Damen in Herren-Begleitung frei.  
**Der Vorstand.**

**Vorläufige Anzeige!**  
 In diesem Monat erhalte ich wieder mehrere Ladungen  
**besten**  
**Schott. Haushaltungs-Rohlen,**  
 und werden alsdann die mir gütigst erhaltenen Aufträge prompt ausgeführt.  
 Bestellungen zu Mk. 37,50 pr. Last von 2000 Kilogr. frei vor's Haus nehme  
 gern entgegen.  
**B. WILTS.**

**Damen-, Promenaden- und Regen-Mäntel,**  
 sowie **Paletots**  
 soeben in großer Auswahl eingetroffen und empfehle solche zu den billigsten Preisen.  
**G. PRIET, Oldenburgerstraße,**  
**Bant.**

**Haushaltungs-Gegenstände**  
 jeder Art  
 empfiehlt in größter Auswahl billigst  
**B. Grashorn,**  
 Wilhelmshaven, Bismarckstraße. Bant, Werftstraße.

Erhalte in diesen Tagen einen Extrazug  
**prima Stück- und Ruß-Rohlen,**  
 welche Waggon- und Kastenweise zu billigen Preisen abgebe. Gest. Aufträge erbeten.  
**J. F. Gloystein, Bant.**

**Werkzeuge jeder Art**  
 in bester Qualität u. größter Auswahl halte billigst empfohlen.  
**B. Grashorn,**  
 Wilhelmshaven, Bismarckstraße. Bant, Werftstraße.

**Das Neueste in's**  
**Buckskin und Kammgarn, Anzug- und Paletot-Stoffen**  
 für Herbst und Winter, ist eingetroffen. — Anfertigung nach Maß, elegant sitzend. —  
 — Zuschneider aus der Berliner Schneider-Akademie. —  
 Größtes Lager fertiger Winter-Überzieher, Herren-, Confrmanden- und Knaben-Anzüge,  
 Planelle und Costings. Preise billigst.  
**Hugo Seifert, Roonstraße Nr. 32,**  
 Lieferant des Consum-Vereins Bant.

**Central-Halle in Belfort.**  
 Heute Sonntag:  
**Grosser öffentlicher Ball.**  
**Carl Zwingmann.**

**Hotel „Zum Banter Schlüssel“.**  
 Heute Sonntag:  
**Großer öffentlicher Ball.**  
 Tanz-Abonnement gestattet. **D. Lühken.**

**Banter Consum-Verein, e. G., Bant.**  
**Außerordentl. General-Versammlung**  
**Sonntag, 6. Oktober cr.,**  
 Nachmittags 2 Uhr,  
 im Saale des Herrn **Paul Hug, „Zur Arche“.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Statuten-Berathung nach dem neuen Genossenschafts-Gesetz.  
 2. Beschlussfassung der Genossenschaft über Uebertritt von unbeschränkter auf beschränkter Haftpflicht.  
 3. Verschiedenes.  
 Bant, den 30. September 1889. **Der Vorstand.**

**Alein großes Lager**  
 in  
**krimpfreien Flanellen**  
**und Coatings,**  
**Kleiderzeugen und Besäßen,**  
**Schlafdecken**  
 von 3,50 Mk. an bis zu den feinsten  
 Normal-Decken à 15 Mk.,  
**Wollgarnen und Unterzeugen,**  
**Balltüchern**  
 in hell und dunkel, Kopfhüllen von  
 75 Pf. an,  
 bringe in empfehlende Erinnerung.

**Wilhelm Blau,**  
 Neubremen.  
 Defters an mich gerichtete An-  
 fragen veranlassen mich, hierdurch  
 mitzutheilen, daß ich in  
**Bant am Marktplatz**  
**keine Filiale**  
 errichte, demzufolge dort auch meine  
 Artikel nicht verkauft werden.

**B. H. Bührmann,**  
 Konfektions-Geschäft,  
 Wilhelmshaven.

**Bestes amerikanisches**  
**Sakz-Fleisch**  
 empfiehlt zu 45 Pf. das Pfund  
**B. Wiltz.**

**Für die Gewerbeschüler**  
 empfehle:  
**Reissbretter,**  
**Reisschienen,**  
**Winkel,**  
**Reisszeuge etc.**  
 in neuer Sendung.  
**W. Weidemann,**  
 Neuestraße 8. Bienenstraße 40.

**An- und Rückkaufs-Geschäft**  
 von  
 neuen und getragenen Kleidungs-  
 stücken, Teppichen,  
 Uhren, Gold- und Schmuck-Sachen  
 von  
**F. Krüger, Belfort,**  
 Ankerstraße.

**H. Kirchner,**  
 Schuhmacher, Bismarckstraße 22,  
 empfiehlt sich zu allen in sein Fach  
 schlagenden Arbeiten.  
 Für prompte und reelle Bedienung wird  
 bestens Sorge getragen.

**Theater in Wilhelmshaven.**  
**(Kaiser-Saal.)**  
**Sonntag, den 6. Oktober:**  
**Das Alldmädchen v. Schöneberg:**  
 Posse mit Gesang.  
**Montag, den 7. Oktober:**  
**Der Compagnon.**  
 Lustspiel von P. Aronje.  
 NB. Schöne, die zu ermäßigten Preisen  
 der Gallerieplätze berechnen, sind bei Herrn  
 P. Hug, „Zur Arche“, sowie in der Exp.  
 d. H. zu haben.

**Gasthof Sedau.**  
 Heute Sonntag:  
**Grosser öffentl. BALL**  
 dazu ladet ergebenst ein  
**F. Krause.**

**Das Möbel-Lager**  
 von  
**G. Priet, Bant,**  
 empfiehlt sich bestens bei guter Arbeit und  
 billiger Preisstellung.  
**Fertige Betten, Bettfedern und**  
**Daunen**  
 stets vorrätig. Abschlagszahlung gestattet.  
**G. Priet, Oldenburgerstr. 1,**  
**Bant.**

Empfehle:  
**Waß- und Flaschen-Bier**  
 aus der  
 Zampfbräuerei von Th. Fetscher in Bever,  
 in Gebinden von 15 bis 100 Litern.  
 Feines Lagerbier 33 Fl. 3 Mk.,  
 Bayrisches Gebräu 27 Fl. 3 Mk.,  
 Feines böhmisches Gebräu 30 Fl.  
 3 Mark.  
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt.  
**J. Fangmann, Bismarckstr. 59,**  
 1 Treppe.

**Die Bier-Niederlage**  
 von  
**G. Endelmann**  
 Königstraße 47,  
 empfiehlt  
**Fass- und Flaschenbier**  
 aus der Brauerei von Th. Fetscher in Bever,  
 33 Flaschen 3 Mark.  
**Dortmunder Aktienbier, 20 Fl. 3 Mk.**  
**Bayrisch Bier aus der Brauerei von Franz**  
**Erch, Erlangen, 20 Fl. 3 Mk.**  
 Zelterswasser eigener Fabrik.  
 Darzer Königsbrennen.  
**Wiederverkäufern Rabatt.**

**Verband**  
**Deutscher Zimmerleute.**  
**Freitag, den 11. Oktober,**  
 Abends 8 Uhr,  
 im Lokale des Herrn **Hug, „Zur Arche“:**  
**Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Erhebung der Beiträge und Aufnahme  
 neuer Mitglieder.  
 2. Rechnungsablage.  
 3. Bericht betr. des Stiftungsfestes.  
 4. Besprechung über Gründung eines Ge-  
 sangvereins.  
 5. Verschiedenes. **Der Vorstand.**





